

Sparda-Bank Berlin eG Geschäftsjahr 2023

Sparda-Bank

Berlin

Inhalt

- 04 – Lagebericht**
- 15 – Bericht des Aufsichtsrats**
- 16 – Jahresbilanz**
- 18 – Gewinn- und Verlustrechnung**
- 19 – Anhang**
- 27 – Anlage**
- 28 – Bestätigungsvermerk**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 der Sparda-Bank Berlin eG

1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Berlin eG wurde am 22.05.1990 in Berlin gegründet. Sie ist ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes in Form einer eingetragenen Genossenschaft. Der Geschäftsbetrieb umfasst Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen nach § 32 KWG.

Für uns als Genossenschaftsbank steht die Förderung unserer Mitglieder im Vordergrund.

Das Kerngeschäftsgebiet erstreckt sich über die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. In 59 Standorten und 17 Selbstbedienungsstellen sowie in umfangreichen direkten telefonischen und digitalen Kommunikationswegen haben wir den Anspruch an ein ganzheitliches Privatkunden-Banking für, mit und von Menschen. Unsere Bank hat den Fokus insbesondere darauf gelegt, den Kundinnen und Kunden ein attraktives Angebot rund um das Girokonto zu bieten.

Die Organe unserer Bank sind die Vertreterversammlung (206 Vertreter), der Aufsichtsrat (zwölf Mitglieder, davon vier Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter) und der Vorstand (drei Vorstandsmitglieder).

2 Wirtschaftliche Entwicklungen

2.1 Konjunktur in Deutschland

Leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung

Im Jahr 2023 beeinträchtigten die Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der Coronapandemie die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Wegen dieser Belastungen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 %, nachdem es 2022 noch merklich zugelegt hatte (+1,8 %).

Die Inflationsrate verminderte sich von 6,9 % im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 % in 2023. Der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch. Verantwortlich für den Rückgang der Gesamtteuerung war in erster Linie der nachlassende Preisanstieg bei Energie.

Dämpfende Einflüsse überlagern sich

Zu Jahresbeginn wurde die Konjunktur vor allem durch die nur langsam nachlassenden Belastungen durch die hohe Inflation, die Materialengpässe und die teilweise noch bestehenden Coronaschutzmaßnahmen gedämpft. Im weiteren Jahresverlauf belasteten dann verstärkt die von den westlichen Notenbanken in Reaktion auf die Inflation vorgenommenen starken Leitzinsanhebungen die wirtschaftliche Situation in Deutschland und weltweit. Überlagert wurden diese Einflüsse auch von dem andauernden Arbeits- und Fachkräftemangel hierzulande und den hohen Unsicherheiten, beispielsweise über die Folgen des Ende 2023 eskalierten Nahostkonflikts und den wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts im November.

Inflation hemmt den Privatkonsum

Nach einem durch die Erholung von der Coronakrise getriebenen Zuwachs im Vorjahr um 3,9 % gingen die privaten Konsumausgaben 2023 preisbereinigt um 0,7 % zurück. Hauptgrund war der deutliche Anstieg der Verbraucherpreise, der die Kaufkraft der Einkommen vieler Haushalte deutlich dämpfte.

Robuste Arbeitsmarktlage

Trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche blieb der Arbeitsmarkt in einer soliden Grundverfassung. Die Arbeitslosenquote befand sich mit 5,7 % aber nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und nur leicht über dem Stand von 2022 (+5,3 %). Zudem hielt der Beschäftigungsaufbau an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte im Vorjahresvergleich um rund 300.000 auf einen neuen Rekordwert von gut 45,9 Millionen Menschen.

2.2 Finanzmärkte

Die Finanzmärkte sehen Zins- und Inflationshöhepunkt erreicht

Das langsame, noch andauernde Abklingen des Inflationschocks des Jahres 2022 dominierte das vergangene Jahr 2023 an den Finanzmärkten. Die Notenbanken setzten ihre geldpolitischen Straffungen aus dem Vorjahr fort und erhöhten ihre Leitzinsen weiter. Beide Notenbanken erreichten damit 2023 die höchsten Leitzinsniveaus seit der globalen Finanzkrise von 2008, im Falle der EZB die höchsten seit Einführung des Euro. Im Zuge dieser Zinspolitik sanken die konjunkturellen Aussichten der Weltwirtschaft aufgrund der steigenden Finanzierungskosten. Geopolitische Unsicherheiten wie der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel intensivierte Nahostkonflikt belasteten die Konjunkturaussichten ebenfalls. Die Finanzmärkte entwickelten sich trotz dieser Belastungen jedoch eher positiv und bewerteten die rückläufigen Inflationsraten des Jahres 2023 als Zeichen für schneller als erwartet folgende Zinssenkungen im Jahr 2024. Zwar entwickelte sich die für die Geldpolitik maßgebliche Kernrate, die um die schwankungsanfälligen Komponenten Energie und Nahrung bereinigt ist, weniger dynamisch. Doch die Finanzmärkte reagierten stark auf die Rückgänge, wodurch Aktien- und Anleihekurse vor allem in der Jahresendrallye deutlich anstiegen.

EZB erhöht Leitzinsen um 200 Basispunkte auf höchstes Zinsniveau ihrer Geschichte

Nachdem die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen 2022 um 250 Basispunkte erhöht hatte, vollzog sie 2023 sechs weitere Zinserhöhungen um 200 Basispunkte. Am 20.09.2023 erreichten die Leitzinsen ihren vorläufigen Höhepunkt mit 4 % für die Einlagefazilität, 4,5 % für die Hauptrefinanzierungsfazilität sowie 4,75 % für die Spitzenrefinanzierungsfazilität. Damit überschritt die EZB erstmals ihr vor der Finanzkrise erreichtes Leitzinsniveau, als die Einlagefazilität im Maximum bei 3,25 % gelegen hatte. Auf den nachfolgenden Sitzungen bis zum Jahresende bestätigte die EZB dieses Zinsniveau und kündigte an, es so lange aufrechterhalten zu wollen, bis die Inflation das mittelfristige EZB-Ziel von 2 % wieder erreiche. Parallel zu ihren Leitzinserhöhungen fuhr die EZB auch ihre Anleihekaufprogramme weiter zurück, um dadurch ihre restriktive Geldpolitik zu verstärken. Indem sie diese Nachfrage entzog, wollte die EZB diese Zinsen wieder steigen lassen und damit die Wirkung ihrer zuerst die kurzen Fristen beeinflussenden Leitzinsen unterstützen.

Anleihenvolatilität mit finalen Kursgewinnen

Inflations- und Zinserwartungen sowie die tatsächlichen Entscheidungen der Notenbanken prägten die Anleihemärkte 2023 in Form hoher Volatilität. Das Jahr begann, nach den starken Kursverlusten 2022, mit Erholung. In der Folge fielen die Renditen der Staatsanleihen.

So belief sich die Rendite der zehnjährigen deutschen Staatsanleihe am 02.02.2023 auf 2,07 %, nach noch 2,56 % an Neujahr. Aufgrund der weiterhin restriktiven Politik der Notenbanken stiegen die Renditen danach jedoch wieder an. Im Zuge der US-Regionalbankenkrise und der Schieflage der Credit Suisse, die zu einer von den Schweizer Behörden organisierten Zusammenlegung mit dem Schweizer Konkurrenten UBS führte, fiel diese Rendite jedoch bis zum 20.03. auf 2,1 % zurück. Dieses Auf und Ab setzte sich im weiteren Jahresverlauf fort. Im Vorfeld der geldpolitischen Sitzungen der Notenbanken, vor allem der Fed und der EZB, stiegen oder fielen die Renditen teils deutlich. Im Nachgang der Sitzungen setzte in der Regel eine zum Vorfeld gegenläufige Korrektur ein. Bis Ende September tendierten die Renditen dabei aufwärts und die Kurse abwärts. Die zehnjährige Bundesanleihe erreichte ihre maximale Rendite von 2,97 % am 28.09.2023. Im vierten Quartal und insbesondere zum Jahresende erholten sich die Kurse der Anleihen jedoch deutlich, wodurch die zugehörigen Renditen sanken. Die zehnjährige Bundesanleihe erwirtschaftete zum Jahresende mit 2,03 % ein Fünftel weniger Rendite als zum Jahresanfang. Die Anleihen folgten hierbei den Erwartungen der Märkte an eine 2024 deutlich sinkende Inflation mit entsprechenden Leitzinssenkungen der Notenbanken.

Euro stabilisiert sich mit geopolitischer Lage und Leitzinserhöhungen der EZB

Die europäische Gemeinschaftswährung wertete im Verlauf des Jahres 2023 leicht von 1,07 US-Dollar auf 1,10 US-Dollar auf. Dabei profitierte die Gemeinschaftswährung von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die ihre Leitzinsen um 200 Basispunkte erhöhte, während die US-Notenbank Fed ihre Leitzinsen um niedrigere 100 Basispunkte an hob. Dies verringerte den Zinsabstand der großen Währungsräume und ließ den Euro als Devisenattraktiver werden. Weiterhin profitierte die Gemeinschaftswährung von der insgesamt erfolgreichen Selbstverteidigung der Ukraine gegen Russlands Angriff. Dennoch blieb der Euro relativ zum Dollar anfällig und reagierte insbesondere auf Veränderungen der geopolitischen Lage und das Zinsverhalten der EZB.

DAX schließt nahe Rekordhoch

Der DAX stieg vom 01.01. bis zum 09.03.2023 um 12,3 % auf 15.633,21 Punkte. Anschließend erschütterte jedoch die Krise der US-Regionalbanken die Finanzmärkte, insbesondere die plötzliche Zahlungsunfähigkeit der Silicon Valley Bank. Der DAX etwa verlor bis zum 17.03. 5,5 % seines Kurswertes. Die Verluste konzentrierten sich dabei auf Finanzwerte. Zugleich führte die Unsicherheit in den USA, aber auch global zu größeren Bewegungen von Bankeinlagen, insbesondere von solchen oberhalb der Einlagensicherungsgrenzen. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt mit der Fusion der Schweizer Großbanken Credit Suisse und UBS am 19.03., die die Schweizer Behörden zur Abwicklung der erstgenannten Bank organisiert hatten.

Dieser Akt konnte die Märkte beruhigen und ermöglichte eine Erholung der Aktienmärkte von dem kurzzeitigen Einbruch. Diese Erholung flachte zum Sommer hin ab, setzte sich aber trotz wiederkehrender Volatilität insbesondere um die Leitzinsentscheide der Notenbanken fort. Diese Korrektur erreichte ihren Tiefpunkt mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023. Der DAX verlor im Oktober 4,3 % und fiel damit auf 14.716,54 Punkte zurück. Da der Konflikt bis zum Jahresende weitgehend auf den Gazastreifen begrenzt blieb, setzte im November bereits eine neuerliche, vorsichtige Erholung an den Aktienmärkten ein. Zum Jahresende verstärkte sich die Erholung aufgrund sinkender Inflationszahlen und damit verbundener Hoffnungen auf Leitzinssenkungen der Notenbanken, womit eine Belebung der Konjunktur im Jahr 2024 verbunden wäre. Dadurch schloss er das Jahr mit 16.751,64 Punkten und auf Jahressicht um 20,3 % im Plus ab.

3 Geschäftliche Entwicklung der Sparda-Bank Berlin eG

3.1 Wesentliche Bilanzgrößen

Bilanz	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	7.064.395	7.038.045	26.350	0,4

Die Bilanzsumme unserer Bank blieb im Geschäftsjahr stabil bei 7 Mrd. EUR.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	2.108.931	2.278.608	-169.677	-7,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.100.245	1.131.048	-30.803	-2,7
Wertpapiere	3.726.656	3.461.824	264.832	7,7

Die Geschäftsentwicklung im aktiven Privatkundengeschäft verlief im Jahr 2023 weiter rückläufig. Die Kundenforderungen verringerten sich um 7,5 %. Dies entspricht unserer seit 2020 restriktiveren Kreditvergabepolitik. Die Neuzusagen für Baufinanzierungen einschließlich Prologationen lagen in 2023 bei 63,8 Mio. EUR (Vorjahr 180,9 Mio. EUR). Das Konsumentenkreditgeschäft wurde komplett über unseren Kooperationspartner Teambank AG (easyCredit) abgewickelt.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Geschäftsjahr nur leicht um 2,7 %. Dies entspricht den annähernd gleichbleibenden Verbindlichkeiten gegenüber unseren Kunden auf der Passivseite.

Der Wertpapierbestand erhöhte sich um 7,7 % auf 3,7 Mrd. EUR. Im Geschäftsjahr 2023 konnte weiterhin Liquidität in neuen Wertpapieren, insbesondere in Wertpapieren der genossenschaftlichen Zentralbank, angelegt werden. Den Schwerpunkt der Wertpapieranlagen bildeten unverändert Anlageklassen bester Bonität. Dies waren überwiegend Pfandbriefe und Covered Bonds von Emittenten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland sowie Ländern der Europäischen Union. Um potenzielle Risiken aus Bonitätsveränderungen von Emittenten weiter zu reduzieren, wurden Risikokonzentrationen durch eine breite Diversifikation über Länder und Emittenten vermieden. Vorhandene Wertminderungen waren vorübergehender Natur und werden spätestens bei Fälligkeit der Wertpapiere ausgeglichen. Die Wertpapiere wurden in voller Höhe dem Anlagevermögen zugeordnet und verzeichneten keine Zahlungsstörungen.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Spareinlagen	1.114.825	1.360.964	-246.139	-18,1
Anderer Einlagen	5.191.165	4.902.201	288.964	5,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	126.848	135.881	-9.033	-6,6

Die Verbindlichkeiten gegenüber unseren Kunden blieben im Vergleich zum Vorjahr insgesamt stabil bei 6,3 Mrd. EUR. In den Spareinlagen unserer Kunden verzeichneten wir einen Rückgang um 246,1 Mio. EUR bzw. 18,1 %. Die anderen Einlagen erhöhten sich in diesem Jahr um 289,0 Mio. EUR bzw. 5,9 %. Somit erfolgte im Wesentlichen eine Umverteilung innerhalb der Kundeneinlagen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 6,6 %.

3.2 Außerbilanzielle Geschäfte

Derivative Geschäfte mit einem Bestand von 2,37 Mrd. EUR (Vorjahr 2,59 Mrd. EUR) dienen zum Bilanzstichtag der Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Für Swaps der Aktiv-Passiv-Steuerung wurde die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung anhand der Auswirkung auf das allgemeine Zinsänderungsrisiko des gesamten Zinsbuches nachgewiesen. Unsere Bank hat die sogenannte verlustfreie Zinsbuchbewertung, unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise, umgesetzt. Ein Verpflichtungsüberschuss hat sich zum Bilanzstichtag nicht ergeben.

3.3 Dienstleistungsgeschäfte

Der Provisionsertrag reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,3 % auf 52,6 Mio. EUR.

Dienstleistungsgeschäfte	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Zahlungsverkehr	32.246	33.101	-855	-2,7
Vermittlungserträge	20.284	22.397	-2.113	-10,4

Zu den Erträgen aus Zahlungsverkehr zählten 21,3 Mio. EUR Kontoführungsgebühren sowie 10,9 Mio. EUR sonstige Gebühren für bankindividuelle Dienstleistungen. Die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft stellten trotz des Rückgangs auf 20,3 Mio. EUR einen wesentlichen Teil der Provisionserträge dar.

Die Aufwendungen für Provisionen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr, maßgeblich aufgrund reduzierter Vermittleraufwendungen, um 1,4 Mio. EUR bzw. 26,8 % auf 3,7 Mio. EUR.

Im Ergebnis sank der Provisionsüberschuss um 3,2 % auf 48,8 Mio. EUR.

Die Provisionsergebnisse im Verbundgeschäft haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht verringert und erreichten nicht das geplante Niveau. Die Gründe dafür lagen insbesondere in einer gestiegenen Attraktivität von festverzinslichen Anlagen für unsere Kunden infolge der Normalisierung des Zinsniveaus.

Die Provisionserträge bei unserem Verbundpartner Union Investment konnten durch den bereits in den vergangenen Jahren konsequenten Aufbau von Bestandserträgen und Portfoliolösungen stabil gehalten werden. Die Nettozuflüsse blieben weiter positiv und unterstützten den Vermögensaufbau unserer Kunden.

Unverändert blieb der rückläufige Trend im Absatz der Versicherungssummen beim Verbundpartner DEVK.

Entgegen der im Gesamtmarkt erhöhten Absätze im Bauspargeschäft verringerte sich unser Absatzvolumen bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall gegenüber dem Vorjahr.

Die teilweise deutliche Verteuerung von Ratenkrediten führte auch zu einem Absatzrückgang des Verbundproduktes easyCredit der Teambank um 10 %. Dennoch erhöhte sich der Bestand um weitere 10 Mio. EUR, in deren Folge die Bestandsprovision um 18,75 % anstieg.

3.4 Personal- und Sozialbereich

Die Beschäftigtenzahl belief sich 2023 im Durchschnitt auf 452 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr 428), 292 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr 293) und 45 Auszubildende (Vorjahr 44). Zum Stichtag 31.12.2023 waren in unserer Bank insgesamt 803 Mitarbeitende (Vorjahr 767) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiterkapazität (MAK) betrug 644 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (620) gestiegen. Der Anstieg entspricht den Planungsprämissen der Bank.

Die Aus- und Fortbildungsaufwendungen betrugen 800,1 TEUR (Vorjahr 487,9 TEUR). Diese resultierten maßgeblich aus regulatorisch erforderlichen Weiterbildungen und Zertifizierungen, der Qualifizierung der Vertriebsmitarbeitenden im Hinblick auf ihre Kredit- und Wertpapierkompetenzen sowie neue Finanzprodukte, Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung, Begleitung von Veränderungsthemen sowie aus finanziellen Beteiligungen an nebenberuflichen Fortbildungen und Hochschulstudiengängen im Rahmen des Talentmanagements. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg der Kosten für Aus- und Weiterbildung um 64 % mit den gestiegenen Anforderungen an regulatorische Weiterbildungen und Zertifizierungen sowie unseren erhöhten Investitionen in die Begleitung von Veränderungsprozessen der Bank, insbesondere der damit in Verbindung stehenden Führungskräfteentwicklung, zu begründen. Zusätzlich waren die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von den inflationären Entwicklungen in besonderem Maße betroffen.

4 Lage der Sparda-Bank Berlin eG

4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss	114.699	74.550	40.149	53,9
Provisionsüberschuss	48.820	50.412	-1.592	-3,2
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	52.463	46.674	5.789	12,4
b) andere Verwaltungsaufwendungen	51.052	45.071	5.981	13,3
Betriebsergebnis vor Bewertung	57.436	28.451	28.985	101,9
Bewertungsergebnis	-15.418	-14.967	-451	-3,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	42.018	13.485	28.533	211,6
Steueraufwand	16.671	3.288	13.383	407,0
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	21.000	8.000	13.000	162,5
Jahresüberschuss	4.337	2.197	2.140	97,5

Der Zinsüberschuss erhöhte sich insgesamt um 53,9 % auf 114,7 Mio. EUR. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen über den Zinsstruktureffekt im Verlauf des Geschäftsjahres sowie die Ertragssteigerung und den Aufwandsrückgang bei den derivativen Geschäften.

Der Provisionsüberschuss erreichte 48,8 Mio. EUR und lag mit 1,6 Mio. EUR 3,2 % unter dem Ergebnis des Vorjahres.

In Summe erhöhten sich die Bruttoerträge im Vergleich zum Vorjahr um 38,6 Mio. EUR auf 163,5 Mio. EUR. Dabei ist die Steigerung im Wesentlichen auf die deutliche Erhöhung des Zinsüberschusses zurückzuführen. Ordentliche Erträge aus den Spezialfonds wurden in diesem Geschäftsjahr nicht ausgeschüttet, sondern kurswertunterstützend thesauriert.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen ebenso im Vergleich zum Vorjahr an. Dabei erhöhten sich der Personalaufwand um 12,4 % und die anderen Verwaltungsaufwendungen um 13,3 %.

In der Summe verbesserte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Vergleich zum Vorjahr um 29,0 Mio. EUR auf 57,4 Mio. EUR. Mit einem in etwa konstanten Bewertungs-

ergebnis konnte das Betriebsergebnis nach Bewertung im Vergleich zum Vorjahr somit weiter deutlich gesteigert werden.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 16,7 Mio. EUR und entfielen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken konnte in Höhe von 21,0 Mio. EUR vorgenommen werden.

Der Jahresüberschuss des laufenden Jahres verdoppelte sich nahezu im Vergleich zum Vorjahr auf 4,3 Mio. EUR.

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) betrug zum Bilanzstichtag 0,06 %.

4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der CRR (Capital Requirements Regulation) wurden im Berichtsjahr zu jeder Zeit eingehalten. Die Zahlungsfähigkeit der Bank war stets gegeben. Die vorhandenen liquiden Mittel bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

Die LCR (Liquidity Coverage Ratio) betrug zum Bilanzstichtag 312 % (Vorjahr 295 %). Im Vergleich mit anderen Banken des Sparda-Verbandes konnte unsere Bank eine überdurchschnittliche Liquiditätsausstattung aufweisen.

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2023 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 12,1 Mio. EUR verbunden.

4.3 Vermögenslage

Unsere Bank ist mit 410.526 Teilhabern zum Stichtag eine der mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken Deutschlands.

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	260.891	271.694	-10.803	-4,0
Rücklagen	113.406	113.168	238	0,2

Das gezeichnete Kapital verzeichnete eine Reduzierung der Geschäftsguthaben der Mitglieder um 4,0 %. Hintergrund des Rückgangs sind weitere Kündigungen im Rahmen der Umsetzung des BGH-Urteils zum AGB-Änderungsmechanismus sowie demografische Entwicklungen. Die Rücklagen stiegen leicht um 0,2 %. Darüber hinaus hält unsere Bank einen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach §340g HGB in Höhe von 85,0 Mio. EUR. Durch die Zuführung von 21,0 Mio. EUR zum Fonds für allgemeine Bankrisiken konnte die Eigenmittelausstattung weiter erhöht werden.

Die Eigenkapitalausstattung entspricht den gesetzlichen Anforderungen und erlaubt in den strategischen Geschäftsfeldern stetiges Wachstum.

Die Kapitalbasis der Bank konnte im Geschäftsjahr 2023 abermals gestärkt werden und erreichte den höchsten Stand seit Bestehen der Bank.

Die Gesamtkapitalquote der Bank beläuft sich auf 19,6 % (Vorjahr 19,3 %). Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote betragen 17,7 % (Vorjahr 17,2 %). Damit wurden die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestgrößen jederzeit erfüllt. Unter den Sparda-Banken liegen wir mit unserer Kapitalausstattung über dem Durchschnitt.

Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin Ziel der Geschäftspolitik unserer Bank. Wir erwarten angesichts der steigenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen tendenziell konstante Entwicklungen der Gesamt- und Kernkapitalquote.

4.4 Zusammenfassende Beurteilung der Lage der Bank

Die Ertragslage unserer Bank konnte im Jahr 2023 aufgrund eines vollständigen Geschäftsjahres mit einem positiven Zinsniveau insgesamt verbessert werden. Der Zinsüberschuss konnte durch ordentliche Erträge im Kunden- und Eigengeschäft deutlich über der ursprünglichen Planung auslaufen. Darüber hinaus standen das im Vergleich zur Planung niedrigere Provisionsergebnis und der der Planung entsprechende Verwaltungsaufwand einem deutlich höheren Teilbetriebsergebnis nicht im Weg. Das im Vergleich zur Planung geringere Bewertungsergebnis konnte zur insgesamt verbesserten Ertragslage beitragen. Akute Risiken im Kreditgeschäft wurden durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wurde durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Im Anlagevermögen bestanden weiterhin Wertminderungen, die als vorübergehend eingestuft werden. Kapitalausstattung und -reserven wurden 2023 ein weiteres Mal gestärkt.

Das nunmehr neunte Jahr in Folge erreicht unsere Bank die höchste Kapitalausstattung seit ihrem Bestehen. Der Jahresüberschuss verdoppelte sich nahezu im Vergleich zum Vorjahr auf 4,3 Mio. EUR.

5 Erklärung zur Unternehmensführung

Zielgrößen zur Frauenbeteiligung

Der Vorstand beschloss im Geschäftsjahr 2022 gemäß §9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten (F1) und zweiten (F2) Führungsebene mit Frauen folgende Zielgrößen: Auf beiden Führungsebenen wird eine Geschlechterverteilung von jeweils 50 % angestrebt. Die Zielerreichungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30.06.2027 (Bezugszeitraum). Zum Bilanzstichtag betrug der Anteil der Frauen in der ersten Führungsebene 50 %. In der zweiten Führungsebene betrug der Anteil 63 %.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats hatten für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 25 % festgelegt, für die Besetzung des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 0 %. Die Zielerreichungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30.06.2027 (Bezugszeitraum). Zum Bilanzstichtag betrug die Frauenquote im Aufsichtsrat 25 %.

Bei der Festlegung der Besetzung des Vorstandes wurden gesellschaftspolitische, soziale, rechtliche sowie unternehmerische Argumente sorgfältig vom Aufsichtsrat abgewogen. In der Sparda-Bank Berlin ist Vielfalt in den Werten wie auch in der Gesamt- und insbesondere Personalstrategie als Ziel und Erfolgskriterium verankert. Das soll sich hinsichtlich der Geschlechterverteilung langfristig auch in einer ausgewogenen Besetzung aller Führungsebenen widerspiegeln. Um dem Rechnung zu tragen, wird im Rahmen von Besetzungsentscheidungen neben dem Bildungshintergrund, dem beruflichen Hintergrund und dem Alter auch das Geschlecht angemessen berücksichtigt. Für die Ebene des Vorstandes ist, mit Blick auf deren Größe und Struktur, Vielfalt schwerer realisierbar als bei anderen Führungsebenen. Für die Zielgrößen-Festlegung im Bezugszeitraum war daher Kontinuität bei der aktuellen Besetzung des Vorstandes und damit für die Geschäftsführung der Sparda-Bank Berlin letztlich ausschlaggebend.

6 Nichtfinanzielle Erklärung (Nachhaltigkeitsbericht)

Neben dem Lagebericht veröffentlicht unsere Bank jedes Jahr eine nichtfinanzielle Erklärung nach den Vorgaben des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). Die DNK-Erklärung erfüllt die gesetzliche Berichtspflicht nach dem CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG). Darin wird jährlich und fortlaufend zu den Bereichen Strategie,

Prozessmanagement, Umwelt und Gesellschaft berichtet.

Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung wird zusammen mit dem Lagebericht im Unternehmensregister offengelegt. Darüber hinaus verlinkt die Website unserer Bank auf die öffentlich zugängliche Datenbank des DNK.

7 Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

7.1 Risikomanagement

Unsere Bank hat auf Grundlage der MaRisk angemessene Risikosteuerungsprozesse eingerichtet, die eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der definierten wesentlichen Risiken gewährleisten. Diese Prozesse sind in die Gesamtbanksteuerung eingebunden. Grundlage der Gesamtbanksteuerung und der Risikoneigung ist insbesondere die von der Geschäftsleitung festgelegte Kapital- und Risikostrategie der Bank.

Die Risikosteuerungsprozesse gewährleisten, dass Risikopotenziale aus den als wesentlich definierten Risiken frühzeitig erkannt werden. Hierzu wird mindestens jährlich, darüber hinaus im Bedarfsfall anlassbezogen, eine Risikoinventur durchgeführt. Die Risikoaggregation der als wesentlich definierten und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken erfolgt additiv. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken werden regelmäßig Stresstests in Form risikoartenspezifischer Sensitivitätsanalysen sowie risikoartenübergreifender Szenariobetrachtungen simuliert und deren Ergebnisse ausgewertet. Dabei werden Ertrags- und Risikokonzentrationen sowie Einflüsse aus Nachhaltigkeitsrisiken (ESG-Risikofaktoren) berücksichtigt.

Im Einklang mit aufsichtlichen Festlegungen hat unsere Bank die implementierten Risikomesssysteme validiert und sie als ganzheitlichen, risikoartenübergreifenden Impulsgeber weiterentwickelt. Der Vorstand wird turnusmäßig über die Risikosituation, induzierte Frühwarnsignale und die Ergebnisse der Stresstests informiert. Die Berichterstattung erfolgt darüber hinaus an alle steuerungsrelevanten Bereiche der Bank und den Aufsichtsrat.

Grundlage des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit. Diese verfolgt das Ziel der langfristigen Sicherung der Substanz, des Schutzes der Gläubiger vor Verlusten und der Fortführung des Instituts. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt – in Anlehnung an richtunggebende aufsichtliche Verlautbarungen – aus barwertiger

Sicht in der Ökonomischen Perspektive und aus einer periodischen, aufsichtlichen Betrachtung in der Normativen Perspektive.

Das zum Bilanzstichtag eingesetzte Risikokapital (Limitvergabe) betrug 410 Mio. EUR im Rahmen der Ökonomischen Perspektive.

Das Risikomanagement beinhaltet darüber hinaus ein Monitoring stiller Lasten und Reserven auf Wertpapiere des Depots A sowie Zinsswaps der Aktiv-Passiv-Steuerung.

7.2 Kreditrisiken

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Kapital- und Risikostrategie unserer Bank. Die Kreditvergabe wird konzeptionell durch die von der parclT bereitgestellten Verfahren zur Bonitätseinschätzung (VR-Ratingverfahren) begleitet. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts sowie des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einzuleiten. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt.

Die Kreditnehmer-, Größen- und Sicherheitenstrukturen des Kreditbestandes sind – vor allem aufgrund der hohen Granularität des Kundenkreditgeschäfts – als positiv einzuschätzen. Der Schwerpunkt im Kreditbestand liegt im Privatkundengeschäft. Das Kundenkreditvolumen ist zum Großteil grundpfandrechlich besichert, so dass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können. Darüber hinaus limitiert die Kreditrichtlinie neue unbesicherte Kreditanteile sehr restriktiv, so dass eine zunehmende Qualitätsverbesserung des Portfolios zu beobachten war.

Die Kreditrisiken bei den Wertpapiereigenanlagen werden über Ratinginformationen sowie zusätzliche qualitative Einschätzungen gesteuert. Ferner werden Ad-hoc-Mitteilungen der Emittenten selbst sowie Studien externer Ratingagenturen hinzugezogen. Die Einschätzungen unserer Bank werden turnusmäßig aktualisiert.

Möglichen Kreditrisiken in den Wertpapiereigenanlagen begegnet unsere Bank grundsätzlich dadurch, dass als Schwerpunkt Papiere mit einem Investmentgrade-Rating in den Bestand genommen werden. Von hoher Bedeutung sind dabei die zum Zeitpunkt des Erwerbs gegebene Liquidität der Anleihen und die Bonität der Schuldner. Zusätzlich zum Rating wird auf eine angemessene Diversifikation zwischen Emittenten einerseits und Herkunftsländern andererseits geachtet und durch ein Struktur- und Einzelnamenslimitsystem operationalisiert.

Auf Gesamtbankebene werden die unerwarteten Kreditrisiken für das Kundenkreditgeschäft in der Ökonomischen Perspektive mit einem analytischen Modell gemessen. Die Messung für die Wertpapieranlagen umfasst je nach definiertem Teilportfolio neben dem Ausfallrisiko auch Migrationsrisiken und Risiken aus Credit-Spread-Volatilitäten. Die Messung erfolgt in einem Simulationsmodell auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. Bei der Messung werden auch Konzentrationsrisiken berücksichtigt. In der Normativen Perspektive werden die aufsichtlich geforderten Risikobeträge (Kreditrisiko-Standardansatz) angesetzt. In adversen Szenarien (z. B. schwerer konjunktureller Abschwung) werden darüber hinaus widrige Entwicklungen wie z. B. Ratingverschlechterungen unterstellt.

7.3 Marktrisiken

Unsere Bank geht Marktrisiken in den Bereichen Zinsen und Volatilitäten ein. Es gibt keine direkten Investments in Fremdwährungen.

Marktrisiken für unsere Bank bestehen in den zinsabhängigen Geschäften. Dabei wird in der Steuerung des Zinsbuchs zwischen der Absicherung des Kundengeschäfts sowie des sonstigen Geschäfts unterschieden. Ein Teilportfolio des Zinsbuchs dient der Absicherung der im Kundengeschäft vereinnahmten Margen gegen Zinsänderungsrisiken. In einem weiteren Teil werden Marktrisiken zur Erzielung von Überrenditen eingegangen (Asset-Allokation). Die gewählte Asset-Allokation unterstützt die Vermeidung einseitiger Risikoausprägungen durch eine Diversifikation der Anlagen. Es ist sichergestellt, dass Eigengeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden.

Ein Handelsbuch im Sinne des Art. 4 Abs. 86 CRR unterhält unsere Bank nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Art. 94 CRR. Auch im Rahmen dieser Bagatellgrenzen wurden 2023 keine Umsätze getätigt.

Auf Gesamtbankebene werden die Zinsrisiken in der Ökonomischen Perspektive mit einem Value-at-Risk-Verfahren (historische Simulation) gemessen. Die wertorientierte Messung erfolgt unter Verwendung des Quantilwerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive werden in adversen Szenarien die periodischen Auswirkungen von Zinsszenarien im Planungshorizont simuliert.

7.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko steuert unsere Bank durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine gemessen an der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben.

Die Anforderungen der BaFin hinsichtlich der Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute werden stets übererfüllt. Unsere Bank ist in die Genossenschaftliche FinanzGruppe eingebunden, so dass darüber hinaus die Liquiditätsversorgung jederzeit gewährleistet ist.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken werden im Rahmen von turnusmäßigen Liquiditätsstresstests, einem implementierten Liquiditätsmanagement, eingerichteten Notfallplänen und der Überwachung aufsichtlicher Liquiditätskennzahlen gesteuert. Hierunter subsumiert unsere Bank auch den liquiditätsrisikoinduzierten Teil der Reputationsrisiken. Für den Liquiditätsnotfall notwendige technische und prozessuale Vorkehrungen wurden getroffen.

Unsere Bank verfügt über ein System zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten und -nutzen. Der gewählte methodische Ansatz berücksichtigt hierbei den Komplexitätsgrad der eigenen Geschäftsaktivitäten.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung aus Ökonomischer Perspektive werden potenzielle, in einem angenommenen Risikoszenario eintretende höhere Wiedereindeckungskosten (Refinanzierungskostenrisiko) als anzurechnender Risikobetrag berücksichtigt.

7.5 Operationelle Risiken

Neben den Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken überwacht unsere Bank auch Operationelle Risiken (u. a. IT-Risiko, Verhaltensrisiko, Compliance-Risiko, Rechtsrisiko). Auftretende und potenzielle Schäden werden in einer Schadenfalldatenbank erfasst.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden Operationelle Risiken mittels eines Value-at-Risk-Verfahrens zur Quantifizierung des Risikobetrages berücksichtigt. Die Messung erfolgt in der Ökonomischen Perspektive unter Verwendung des Quantilwerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive wird die aufsichtliche Eigenmittelanforderung aus dem Basisindikatoransatz berücksichtigt und für den Mittelfristplanungshorizont geplant.

7.6 Beteiligungsrisiko

Neben Beteiligungen innerhalb des genossenschaftlichen Verbunds stärkt unsere Bank die Erträge durch Beimischung von Private-Equity- und Mezzanine-Dachfonds zum Portfolio.

Die ökonomischen Risiken werden mit einem Multiplikator-Ansatz gemessen, d. h., dass sich die Risiko-Kennzahlen (VaR 99,9 %) jeder Beteiligung durch Multiplikation des aktuellen Vermögensbarwerts mit geeigneten Faktoren ableiten lassen.

In der Normativen Perspektive werden die Beteiligungsrisiken in der jeweiligen Forderungsklasse bewertet und zusätzlich in adversen Szenarien betrachtet.

7.7 Immobilienfondsrisiko

Bestandteil des Portfolios unserer Bank ist ein Immobiliendachfonds. Das daraus resultierende Immobilienfondsrisiko entsteht aus einer nachteiligen Entwicklung des darunterliegenden Objektwerts und der Erträge von Immobilienfondspositionen in Bezug auf ihren aktuellen Vermögenswert.

Die durchgeführten Handlungen für Immobilienfonds zur Bestimmung eines qualitativen Risikoabschlags können in vier unterschiedliche Betrachtungsweisen unterteilt werden, die in zunehmendem Maße auf die Bestandteile der Fonds eingehen. Die Methodik beinhaltet die Analyse von historischen Immobilienzeitreihen, einen Varianz-Kovarianz-Ansatz, Analysen auf Grundlage historischer Wertentwicklungen der Fonds, eine Analyse der Wertentwicklung innerhalb des Fonds sowie eine in Abstimmung mit der Fondsgesellschaft durchgeführte Szenarioanalyse.

7.8 Strategisches und Geschäftsrisiko

Im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung unserer Bank stellen vertriebliche Verfehlungen eine wesentliche Risikoart dar, in der sich auch strategische Risiken sowie Reputationsrisiken realisieren können. Unerwartet ausbleibende vertriebliche Erfolge finden in adversen Szenarien der Normativen Perspektive durch die Annahme alternativer Absatzvolumina Berücksichtigung.

Unsere Bank steuert diese Risiken durch eine eigenständige zentrale Organisationseinheit – den Bereich Vertriebssteuerung. Das Berichtswesen erfolgt turnusmäßig in den relevanten Gremien. Ertragskonzentrationen aus dem Privatkundengeschäft werden im Stresstest bzw. im adversen Szenario berücksichtigt.

7.9 Modellrisiken

Ausgehend von einer bankweiten Modellinventur klassifiziert unsere Bank die verwendeten Risikomodelle hinsichtlich der Kriterien Einfachheit, Transparenz und Konservativität (ETK). Auf der Grundlage von Modellannahmen und -grenzen sowie inhärenten Modellschwächen werden qualitative und quantitative Bewertungen vorgenommen. Das in der Risikotragfähigkeit berücksichtigte Modellrisiko entspricht der Summe der Einzelrisiken je relevantes Risikomodelle. Der Risikobeitrag findet in der Normativen Perspektive in den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP) Eingang.

7.10 Globale Einflussfaktoren

Unsere Bank hat in ihrem institutsspezifischen Risikouniversum drei globale Einflussfaktoren definiert. Diese bezeichnen wesentliche Risikotreiber, die in fast allen Risikoarten wirken. Neben der Risikoinventur werden diese vor allem in Szenariobetrachtungen und Parametrisierungen im Zuge von Validierungen berücksichtigt.

Die ESG-Einflüsse sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiken), deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Bank haben kann. Die turnusmäßige Risikoinventur dient als Bestandsaufnahme der aktuellen Handlungsfelder der Bank. Auf dieser Grundlage werden Nachhaltigkeitsrisiken im Zusammenhang mit den wesentlichen Risikoarten und im Limitsystem berücksichtigt. Potenzielle Einflüsse werden im Rahmen der Risikosteuerung – u. a. im Operativen Risiko – berücksichtigt. In Zusammenarbeit mit dem BVR nahm unsere Bank als Pilotinstitut zur Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Banksteuerung teil. Dabei konnten relevante Handlungsfelder identifiziert und erste Maßnahmen umgesetzt werden.

Politische Einflüsse sind mögliche nachteilige Ereignisse für unsere Bank, die durch politische Kräfte, wie Behörden oder die Regierung, sowie Ereignisse, wie soziale Konflikte oder politische Gewalt, entstehen können. Dazu zählen neben staatlichen Eingriffen auch die EZB-Politik und veränderte Auslegungen bisheriger Regelungen oder Gesetze.

Risikokonzentrationen entstehen aus einer Häufung von Risikopositionen, die bei Eintreten von bestimmten Ereignissen oder Entwicklungen gleich oder ähnlich reagieren. Konkret ist darunter ein Klumpenrisiko zu verstehen, das sich aus einer ungünstigen Verteilung von z. B. Kunden, Volumina oder Sicherheiten in unterschiedlichen Dimensionen, z. B. Produkten oder Regionen, ergibt und sich negativ auf Erträge oder Risiken auswirkt bzw. negative Impulse verstärkt. Mit einer generell festgestellten Konzentration ist keine Wertung verbunden. Das bedeutet, dass Konzentrationen nicht per se negativ zu beurteilen sind. Vielmehr dient ihre Identifikation der Steuerung der wesentlichen Risiken der Bank.

7.11 Kapitalplanung

Unsere Bank plant die Ausgestaltung der Kapitalsubstanz vor dem Hintergrund aufsichtlicher und gesetzlicher Anforderungen sowie mit Blick auf die unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Erfordernisse als integrativen Bestandteil der Gesamtbankplanung (Normative Perspektive). Dabei steht die Stärkung der Kapital- und Mitgliederbasis im

Fokus. Strenge Nebenbedingungen der Mittelfristplanung sind die Einhaltung aufsichtlicher (inkl. institutsspezifischer) Kapitalanforderungen sowie eine jederzeit gegebene Risikotragfähigkeit. Die Kapital- und Risikoplanung ist im Strategie- und Planungsprozess der Bank verankert und wird turnusmäßig jährlich sowie bei gegebenem Anlass durchlaufen.

7.12 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2023 gegeben. Das Verhältnis des Gesamtrisikos zum Risikodeckungspotenzial beträgt in der Ökonomischen Perspektive zum Bilanzstichtag rund 52 %. Die Gesamtkapitalquote der Säule I beträgt rund 19,6 %, bei einer Kapitalanforderung von 18,9 % (aufsichtliche Anforderung 17,0 % zuzüglich 1,9 % Managementpuffer). Somit ist die Kapital- und Risikolage als stabil zu bezeichnen.

Während des gesamten Geschäftsjahres 2023 wurden keine aufsichtsrechtlichen Kennzahlen bzw. Grenzen verletzt. Das Geschäftsjahr 2023 war weiterhin durch wirtschaftliche Unsicherheit geprägt. Anhaltend hohe Inflationsraten und damit einhergehende volatile Zinsen erforderten aktive Konditionierungspolitik. Der Bank gelang es, trotz marktweit umkämpfter Kundeneinlagen die Passiva stabil zu halten und rentabel zu wirtschaften. Ein evidentes Zinsrisikomanagement erlaubt es unserer Bank, trotz der – in Anbetracht der jüngsten Vergangenheit – hohen Zinsen auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung nach BFA 3 zu verzichten.

Im beschriebenen Umfeld beobachtete die Bank vermehrt Kündigungen von Mitgliedern in Verbindung mit abschmelzendem Genossenschaftsguthaben.

Dennoch ist es unserer Bank durch ein historisch starkes Ergebnis gelungen, den Kapitalrückgang durch das Bilden von Reserven zu kompensieren und so die Kapitalstruktur zu festigen.

Vorhandene Wertminderungen bei den Wertpapieren im Anlagebestand werden von unserer Bank als vorübergehend angesehen. Die auf Wertminderung überprüften Positionen zeichnen sich durch ein sehr gutes Rating und eine Besicherung durch einen Deckungsstock aus.

Nach derzeitigem Planungsstand wird die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2024 angesichts der laufenden Ertragskraft und Kapitalsubstanz der Bank gegeben sein.

8 Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Überarbeitung der Unternehmensstrategie im Jahr 2023 erfolgte unter Würdigung der sich stetig und gleichsam dynamisch verändernden Markt- und Rahmenbedingungen und ihrer konkreten Einflüsse auf die künftige geschäftliche Entwicklung unserer Bank. Diese sind im Einzelnen nachfolgend aufgeführt.

Die Zinspolitik der Zentralbanken stellt einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis der Bank dar. Bis September setzte die Europäische Zentralbank ihren in 2022 begonnenen Pfad schnell aufeinanderfolgender, deutlicher Leitzinsanhebungen fort und sorgte damit für ein hochdynamisches Zinsumfeld. Der damit einhergehende, intensive Wettbewerb im Anlagebereich forderte eine ausgewogene Steuerung zwischen attraktiver Kundenverzinsung, Realisierung angemessener Margen und Vermeidung von zinselastischen Volumenschwankungen. Die zum Jahresende 2023 beobachtete Beruhigung des Wettbewerbs wird, in der Erwartung keiner weiteren Zinssteigerungen, auch für die Folgeperioden angenommen.

Die insgesamt in diesem Spannungsfeld erzielten Zinserträge lagen auf historischen Höchstwerten und stärken das Eigenkapital und die Investitionsfähigkeit der Bank.

Jenseits des Kundengeschäfts versetzt das hohe Zinsniveau unsere Bank nach Jahren in die Lage, Chancen am Geld- und Kapitalmarkt für das Eigengeschäft zu nutzen.

Herausfordernd stellt sich das Kundenkreditgeschäft insbesondere für Wohnimmobilienfinanzierungen dar. Neben deutlichen Inflationseffekten aus erhöhten Lebenshaltungs-, Energie- und Bau-/Erwerbskosten sorgte das deutlich gestiegene Zinsniveau bisweilen für einen kundenseitigen Nachfrageeinbruch. Der bankseitigen Kreditfähigkeitsprüfung kommt damit unverändert eine hohe Bedeutung zu. Aufsichtlich werden die Rahmenbedingungen zum Anlass genommen, die Eigenkapitalunterlegungsanforderung für Wohnimmobilienfinanzierung zu erhöhen, was belastend auf die Rentabilität dieser Bankdienstleistung wirkt. Risikominimierend beschränkt unsere Bank daher ihr Neugeschäft auf bestimmte Finanzierungsstellationen und nutzt gleichzeitig die Chance, durch die Vermittlung von Finanzierungsanfragen an externe Partner die Kundenanfragen zu bedienen.

Eine anhaltend risikobehaftete Situation weist das Provisi- onsergebnis unserer Bank auf. Obwohl einer unverändert konsequenten, aufwandsinduzierten Preissteuerung von

Bankdienstleistungen eine signifikante Relevanz zukommt, schränken Reglementierungen und einschlägige Rechtsprechungen die Durchsetzung des Preis- und Gebührenkatalogs weiterhin ein. Zuspitzend stellt die geltende Rechtsprechung zur Anerkennung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder des Preis- und Gebührenkatalogs die Bankenbranche vor die Herausforderung, jedwede Änderung dieser Positionen nur durch aktive Kundenmitwirkung umsetzen zu können. Branchenweit und damit auch für unsere Bank entstehen so regelmäßig erhebliche und finanziell aufwändige Anpassungsprozesse. Das Risiko, ob und in welchem Umfang bereits vereinbarte Gebühren durch Kundinnen und Kunden geltend gemacht werden können und zurückerstattet werden müssen, ist entsprechend der hauseigenen und verbandsweiten juristischen Bewertung über die geeignete Bildung von Rückstellungen berücksichtigt. Die seitens der Politik unklaren Vorgaben zu rechtssicheren, zukünftigen Anpassungen hinterlassen auch weiterhin Umsetzungsrisiken.

Einer weitestgehenden Stabilisierung der Wertbeiträge aus dem Verbundgeschäft durch die Betreuung unserer Kundschaft bei unseren Verbundpartnern kommt zur Stärkung des Gesamtertrags daher auch weiterhin eine wesentliche Rolle zu.

Das sich kontinuierlich weiterentwickelnde Kundenverhalten ist ein ergänzender, wesentlicher Faktor innerhalb der prognostizierten Rahmenbedingungen. Die digitale Transformation von Dienstleistungen in Form von digitalen Kontaktwegen und Abschlussmöglichkeiten, aber auch von einfachen, automatisierten Bearbeitungsprozessen, ist aus Sicht von Kundinnen und Kunden unveränderliche Basisanforderung und für Banken ein erfolgskritischer Faktor. Abgeleitet aus der Unternehmensstrategie werden daher alle Aktivitäten rund um digitale Kundenerlebnisse und direkte Onlineabschlussfähigkeit vorangetrieben. Die damit verbundenen notwendigen Investitionen belasten – neben der Bewältigung der weiter steigenden regulatorischen Anforderungen – die Aufwandsseite, können aber durch das positive Zinsergebnis realisiert und intensiviert werden.

Trotz der kundenseitig wachsenden Nutzung von digitalen Services und der rückläufigen Nachfrage nach persönlicher Beratung in Standorten verzichtet unsere Bank auf pauschale und flächendeckende Standortschließungen. Vielmehr orientiert sie sich bei der Auswahl und Gestaltung ihrer lokalen Präsenzen – sei es an etablierten Orten oder beim Eintritt in neue Marktgebiete – an lokalen Bedürfnissen der jeweiligen Märkte. Die Bearbeitung dieser regionspezifischen Herausforderungen mittels unserer Standorte und der (über)regionalen Kooperation mit Netzwerkpartnerinnen und -partnern stärkt die Bank in ihrer Positionierung und Differenzierung. Mit „Deine Bank im Osten“ gelingt es, in einem Wettbewerb höchst gleichartiger Bankdienstleistungen über das Bankgeschäft hinaus zu differenzieren

und neue Kundinnen und Kunden für die Bank zu gewinnen.

Gleichzeitig tritt unsere Bank den absehbaren Herausforderungen der demografischen Entwicklung des Geschäftsgebiets proaktiv entgegen. Mit dem Ziel einer strukturellen Verjüngung des Gesamtbestands fokussiert sie – auch durch intensiviertere Marketingmaßnahmen – die Neugewinnung von Kundinnen und Kunden sowie Mitgliedern.

Die Unternehmensstrategie unserer Bank konzentriert sich zusammenfassend auf den Leitsatz „Wir sind mit Banking für, mit und von Menschen nachhaltig rentabel!“. Unserer Bank gelingt es durch die Fokussierung auf die Kundenbedürfnisse und die laufende Verbesserung der Präsenz für ihre Kundschaft, ihre wirtschaftliche Stärke auszubauen und erfolgreich den künftigen Herausforderungen zu begegnen.

Um die Attraktivität als Arbeitgeber zu stärken, hat unsere Bank sich zum Ziel gesetzt, weiterhin ortsunabhängige Arbeitsformen anzubieten, und trägt dabei sowohl der veränderten Lebenswirklichkeit der Kundschaft als auch der Mitarbeitenden Rechnung. Dabei wird die bisherige Abhängigkeit von spezifischen oder nur einzelnen Standorten aufgehoben und die Mobilität erhöht.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Rahmenbedingungen und der geplanten Maßnahmen – sowohl im Eigen- als auch im Kundengeschäft der Bank – erwartet unsere Bank in den kommenden Geschäftsjahren ein geringeres Zinsniveau als zu Höchstständen des Geschäftsjahres 2023. Daraus folgen ein gegenüber den Höchstwerten in 2023 geringeres, aber sich stabilisierendes Zinsergebnis sowie ein leicht unter dem Niveau der Vorjahre liegendes Provisionsergebnis.

Der beschriebene voraussichtliche Geschäftsverlauf basiert auf einer Vielzahl von Prognosen. Dies sind insbesondere Annahmen zur Entwicklung von Marktpotenzialen, Rahmenbedingungen, Absatzvolumina und Margen. Die tatsächliche Geschäftsentwicklung kann daher – insbesondere vor dem Hintergrund der nicht abschließend absehbaren Entwicklungen – von dem voraussichtlichen Geschäftsverlauf abweichen.

Berlin, 21. April 2024

Der Vorstand

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2023 hat der Aufsichtsrat insgesamt zehn Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung der Bank, die Zielerreichung sowie die Vertriebsergebnisse, Satzungsfragen, Kreditgeschäft, Planung und Investitionen sowie Risikobereiche und -strategie. Des Weiteren waren die zukünftigen Herausforderungen und die damit notwendigen Veränderungen Bestandteil der Beratungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Investitionsausschuss und einen Risiko- und Kreditausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten in den Sitzungen des Gesamtaufwandsrats regelmäßig über ihre Tätigkeit. Der Risiko- und Kreditausschuss hat in allen vorgeschriebenen Fällen bei der Kreditvergabe mitgewirkt.

Der Prüfungsbericht des Verbands über die gesetzliche Prüfung wird ordnungsgemäß beraten, bestätigt und unterzeichnet.

Der vorliegende Jahresabschluss 2023 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet und beraten.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Jahresüberschusses sowie die DNK-Erklärung zur Nachhaltigkeit hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2023 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen außerordentlichen Dank aus.

Berlin, 16. Mai 2024

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Torsten Westphal

Jahresbilanz zum 31.12.2023

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			57.899.390,00		59.475
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			9.828.454,71		23.001
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	9.828.454,71				(23.001)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	67.727.844,71	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-		-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			746.136.398,98		1.037.718
b) andere Forderungen			354.108.474,65	1.100.244.873,63	93.330
4. Forderungen an Kunden				2.108.931.488,44	2.278.608
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.450.139.020,52				(1.429.219)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		48.403.740,80			33.562
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	48.403.740,80				(33.562)
bb) von anderen Emittenten		2.442.065.672,55	2.490.469.413,35		2.222.075
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.207.058.426,97				(2.202.032)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	2.490.469.413,35	-
Nennbetrag					(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.236.186.667,41	1.206.187
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			11.435.642,25		11.436
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
an Wertpapierinstituten			-		(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8.050,00	11.443.692,25	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften			-		(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
bei Wertpapierinstituten			-		(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
an Wertpapierinstituten			-		(-)
9. Treuhandvermögen					
darunter: Treuhandkredite			-		(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			61.062,68		61
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	61.062,68	-
12. Sachanlagen				9.687.461,39	9.796
13. Sonstige Vermögensgegenstände				39.043.573,61	62.093
14. Rechnungsabgrenzungsposten				599.267,80	512
15. Aktive latente Steuern					
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung					183
Summe der Aktiva				7.064.395.345,27	7.038.045

Passivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			2.993,01		-
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			126.844.678,47	126.847.671,48	135.881
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.114.824.732,89				1.360.964
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-	1.114.824.732,89			-
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	4.950.345.724,87				4.902.154
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	240.818.973,14	5.191.164.698,01		6.305.989.430,90	47
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				84.076.601,15	120.787
6. Rechnungsabgrenzungsposten				781.600,38	827
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.187.835,00		7.625
b) Steuerrückstellungen			17.296.981,41		1.799
c) andere Rückstellungen			22.268.761,22	47.753.577,63	21.591
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				35.312.181,07	35.312
10. Genusrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				85.000.000,00	64.000
darunter: Sonderposten n. § 340 e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			260.891.208,27		271.694
b) Kapitalrücklage			16.762.384,77		16.762
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	36.200.020,81				35.980
cb) andere Ergebnisrücklagen	60.443.328,09				60.425
cc)		-	96.643.348,90		-
d) Bilanzgewinn			4.337.340,72	378.634.282,66	2.197
Summe der Passiva				7.064.395.345,27	7.038.045
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.052.731,54		1.031
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.052.731,54	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			130.240.496,16	130.240.496,16	194.283
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2023	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		109.255.432,34			57.962
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		40.912.900,91	150.168.333,25		16.083
2. Zinsaufwendungen				114.417.792,31	-18.961
darunter: erhaltene negative Zinsen	1.112,29				(1.135)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			-		19.195
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			281.573,02		271
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	281.573,02	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			52.560.827,97		55.522
6. Provisionsaufwendungen				48.820.437,67	-5.110
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.872.574,33	3.121
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		10.619,01			(4)
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-42.963.540,03			-38.593
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-9.499.016,10	-52.462.556,13		-8.081
darunter: für Altersversorgung	-2.026.477,69				(-1.003)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-51.051.747,00	-103.514.303,13	-45.071
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.921.980,81	-3.238
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-3.519.757,12	-4.649
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-141.841,25			(-294)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-10.712.126,23		-8.819
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-10.712.126,23	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-4.706.017,37		-6.147
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-4.706.017,37	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				42.018.192,67	13.485
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-16.670.855,01		-3.288
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-9.996,94	-16.680.851,95	-
24 a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-21.000.000,00	-8.000
25. Jahresüberschuss				4.337.340,72	2.197
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				4.337.340,72	2.197
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				4.337.340,72	2.197
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				4.337.340,72	2.197
28 a.				-	-
29. Bilanzgewinn				4.337.340,72	2.197

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin, ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 446 B eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Barreserve

Die Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken wurden durch die Bildung von Einzel- sowie Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte auf Grundlage des IDW RS BFA 7 mittels des Expected-Loss-Ansatzes.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken sind ferner Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei diesen Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen an den niedrigeren Einlözungskurs angepasst.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden zu den Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert bewertet.

Latente Steuern

Als Differenz zwischen steuer- und handelsrechtlicher Gewinnermittlung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Aktive Steuerlatenzen bestehen in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Sonstige Vermögensgegenstände und andere Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken. Passive Steuerlatenzen ergeben sich in der Rückstellungsposition Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Hierbei wurde der modifizierte Teilwert der Verpflichtungen ermittelt. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden in Höhe des Barwertes angesetzt.

Zukünftige Rentenanpassungen werden bei Anpassungen auf Grundlage der Tarifabschlüsse für das Folgejahr vorsichtig mit 7 % und zukünftig allgemein in Höhe von 2 % bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von 1 % in die Bewertungen einbezogen. Für Rückstellungen aus Altersteilzeit werden als Lohn- und Gehaltstrend 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2023 (1,83 %). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 71.880 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Für arbeitgeberfinanzierte Zusagen betragen die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände 13.160.315 EUR. Diese entsprechen dem beizulegenden Zeitwert, der unter Zugrundelegung der Aktivwerte nach R 6 a Abs. 23 EStR durch die Versicherungsgesellschaft ermittelt wurde. Die Vermögensgegenstände wurden in voller Höhe mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionen und vergleichbaren Verpflichtungen verrechnet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen 8.187.835 EUR und entfielen maßgeblich auf bereits ausgeschiedene Vorstände und Angestellte.

Aufwendungen aus den Aufzinsungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 112.956 EUR verrechnet.

Die Bewertung und Berücksichtigung von Rückdeckungsversicherungen erfolgte unter Beachtung des IDW-Rechnungslegungshinweises FAB 1.021 und unter Anwendung des DAV-/IVS-Ergebnisberichts des Fachausschusses Altersversorgung vom 26.04.2022. Es wurde eine kongruente Bewertung nach Maßgabe des Deckungskapitalverfahrens vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Darüber hinaus wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Zur Berechnung eines etwaigen Rückstellungsbedarfs werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und die barwertigen Risiko- und Verwaltungskosten von dem positiven Überschuss abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Für die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs wird im IDW RS BFA 3 n. F. auf die Maßgeblichkeit der internen Risikosteuerung verwiesen. Die barwertige Ermittlung der Risiko- und Verwaltungskosten erfolgte in Anlehnung an die Methodik zur Ermittlung der ökonomischen Risikotragfähigkeit. Nach dem Ergebnis der Berechnungen war zum 31.12.2023 keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme endet.

Im Wesentlichen gewähren wir unseren Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, um ihren Finanzierungsbedürfnissen zu entsprechen. Daneben werden unwiderrufliche Kreditzusagen für die Zeichnung von Anteilen im Bereich unseres Fondsvermögens gewährt. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen an Kunden werden mit dem Nominalbetrag, gekürzt um den Betrag einer im Geschäftsjahr passivierten Pauschalrückstellung, abgebildet. Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgte analog der Pauschalwertberichtigung für Forderungen an Kunden.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller Posten. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	Abgänge	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	914.896	29.003	-	163.329	780.570	61.063	60.984
Sachanlagen							
Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.277.592	3.442.308	-	4.326.926	39.392.974	9.687.461	9.795.698
Summe a	41.192.488	3.471.311	-	4.490.255	40.173.544	9.748.524	9.856.682

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	853.912	-	163.327	-	28.922	-	719.507
Sachanlagen							
Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.481.894	-	3.669.440	-	2.893.059	-	29.705.513
Summe a	31.335.806	-	3.832.767	-	2.921.981	-	30.425.020

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.492.730.727	212.403.007	3.705.133.734
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	11.443.692	-	11.443.692
Summe b	3.504.174.419	212.403.007	3.716.577.426
Summe a und b	3.545.366.907		3.726.325.950

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.098.768.100 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3 b) (ohne Bausparguthaben)	60.108.475	217.000.000	77.000.000	–
Forderungen an Kunden (A 4)	58.632.457	90.236.310	450.953.158	1.503.040.224

In den Forderungen an Kunden sind 6.069.339 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 332.348.917 EUR fällig.

Es werden Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A 6) gehalten:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	1.001.690.966	1.033.784.005	32.093.039	–	Ja
Renditeerwartung	234.495.701	251.621.985	17.126.284	–	Nein

Die Sparda-Bank Berlin eG besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr		EUR	Jahr
a) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,2808	2022	3.209.878.565	2022	96.590.278
b) Atruvia AG, Karlsruhe	0,0002	2022	448.073.764	2022	7.591.670

Aufteilung des Bestandes der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.490.469.413	2.477.367.342	13.102.071	1.576.371.256

Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in dem Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.566.989.120 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 1.461.913.278 EUR.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.687.461

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Forderungen im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin)	22.098.126
Forderungen aus Provisionen	7.291.577
Forderungen im Rahmen der SEPA-Verrechnung	6.613.392
Abgrenzung aus der Hauptausstattung mit BankCards	2.321.657

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 126.666.920 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1 b)	17.720.774	4.025.014	20.949.740	84.149.150
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2 bb)	8.257.303	124.028.659	108.533.011	–

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

In der Bilanzposition Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin)	78.712.686

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Abgrenzungen für Zinsswaps von 760.436 EUR (Vorjahr 805.918 EUR) enthalten.

Angaben zu den Nachrangigen Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 833.170 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
4.000.000	EUR	2,355	27.07.2026
5.000.000	EUR	2,345	28.07.2026
5.000.000	EUR	2,500	01.08.2028
5.000.000	EUR	2,334	03.08.2026
6.000.000	EUR	2,517	14.10.2026
10.000.000	EUR	2,290	10.08.2026

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	240.849.015
b) der ausscheidenden Mitglieder	14.413.193
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	5.629.000
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	69.860

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen	Kapital- rücklage
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2023	35.980.354	60.425.178	16.762.385
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	219.667	18.150	–
Stand 31.12.2023	36.200.021	60.443.328	16.762.385

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,500 %	3.889.610,79
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	433.734,08
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	13.995,85
Insgesamt	4.337.340,72

Zum Bilanzstichtag bestanden ausschließlich Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) als Zinsswaps.

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als risikogewichtete KSA-Position entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Zinsbezogene Geschäfte (Angaben in Mio. EUR)	Nominalbetrag/Restlaufzeit				Beizule- gender Zeitwert positiv	Beizule- gender Zeitwert negativ
	≤ 1 Jahr	> 1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	OTC-Produkte					
Zinsswaps (gleiche Währung)	933,5	673,7	764,5	2.371,7	102,9	-21,4

Diese zinsbezogenen Geschäfte werden überwiegend zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt. Von dem Gesamtnominalbetrag der Zinsswaps befinden sich 2.155 Mio. EUR im zentralen Clearing bei der Eurex Clearing AG. Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1 a. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	110.990.850

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungsverträgen, Privatkrediten und Fondsanlagen erbracht.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Auflösung von Rückstellungen für Rechtsrisiken	1.008.857
Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Zuführung zu Rückstellungen für Rechtsrisiken	1.682.847

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 248.298 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen auf 722.505 EUR.

Ferner wurde von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht, auf die Angabe gemäß § 285 Nr. 9 a HGB zu verzichten.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2023 Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.926.243 EUR. Dabei wurden Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 4.868.631 EUR verrechnet.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für:

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	17.313
Mitglieder des Aufsichtsrats	289.558

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 12.062.750 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzuliegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Die weiteren Angaben werden mit dem Offenlegungsbericht auf unserer Website veröffentlicht.

Die Zahl der im Jahr 2023 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	452	292

Außerdem wurden durchschnittlich 45 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr:

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2023	415.975	4.949.809
Zugang 2023	8.952	68.679
Abgang 2023	14.401	385.473
Ende 2023	410.526	4.633.015
EUR		
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um		16.468.278
Höhe des Geschäftsanteils		52

Nach dem Bilanzstichtag, jedoch vor der Erstellung des Jahresabschlusses, ist der vormals stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes Martin Laubisch mit Wirkung zum 29.02.2024 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Zuständiger Prüfungsverband:
Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Frank Kohler	Aufsichtsrat	DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a. G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Frank Kohler	Aufsichtsrat	Hertha BSC GmbH & Co. KGaA

Mitglieder des Vorstandes:

Frank Kohler	Vorsitzender des Vorstandes
Martin Laubisch (bis 29.02.2024)	Stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Rolf Huxoll	Mitglied des Vorstandes

Mitglieder des Aufsichtsrats:

Torsten Westphal (Vorsitzender)	Beauftragter für Strukturstärkung Kohleregionen bei der DB AG
Sven Baunack (stellv. Vorsitzender)	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Sparda-Bank Berlin eG
Mirko Albrecht	Vorsitzender des Betriebsrates Vertrieb der Sparda-Bank Berlin eG
Uwe Henschel	Rentner
Holger Herzog	Betriebsrat der DB Netz AG
Beate Hukauf	Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG
Guido Menschner	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Ramona Möbius	Referentin Lifecyclemanagement Fachliche Auftragssteuerung- und Auswertung und Verfahrensbetriebsführung bei der DB Netz AG
Janina Pfeiffer	OPEX Fachreferentin bei der DB Netz AG
Mario Reiß	Geschäftsführender Vorstand und Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
Roland Rösner	Abteilungsleiter Finanzen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Dietmar Scheel	Vorstand der DEVK

Berlin, 21. April 2024

Sparda-Bank Berlin eG

Der Vorstand



Frank Kohler



Rolf Huxoll

Anlage zum Jahresabschluss

**gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31.12.2023
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparda-Bank Berlin eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2023 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Berlin eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Geschäftskunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Berlin eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2023 167.392 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten zum Jahresende beträgt 651.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 42.018 TEUR.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 16.671 TEUR und entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Die Sparda-Bank Berlin eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Berlin eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289 b bis 289 e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kredit-

genossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1 a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikoversorgen, belaufen sich auf

2.109 Mio. EUR. Dies entspricht 29,9 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikoversorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikoversorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 3.727 Mio. EUR. Dies entspricht 52,8 % der Bilanzsumme. Diese wurden vollständig wie Anlagevermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernden Wertminderungen in Höhe von 105 Mio. EUR vermieden. Bei der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen

Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Bestände von Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertminderung lediglich von vorübergehender Natur ist. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt.

Die von der Genossenschaft dabei herangezogenen Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289 b bis 289 e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG und
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 16. Mai 2024

Verband der Sparda-Banken e. V.

Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:
Sparda-Bank Berlin eG
10884 Berlin

www.sparda-berlin.de